



Landkreistag Sachsen-Anhalt

Ausschuss für Gesundheit, Schule und Soziales

60. Sitzung am 5. Februar 2019 in Magdeburg, Geschäftsstelle

TOP 10 Umsetzung des Pflegeberufereformgesetz in Sachsen-Anhalt

Beratungsgrundlage:

-

Bisherige Beratung:

-

Weitere Beratung:

Präsidium	193. Sitzung	04.03.2019
Landräte-Seminar	94. Sitzung	14./15.03.2019

Beschlussvorschlag:

Der Fachausschuss nimmt den Bericht der Geschäftsstelle zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Das am 17. Juli 2017 verkündete Pflegeberufereformgesetz (PfIBRefG) sieht die Zusammenlegung der bisher getrennt geregelten Ausbildungen für die Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege vor. Das genannte Bundesgesetz bedarf der Umsetzung auf Landesebene.

Zuständig für die Umsetzung auf Landesebene sind insbesondere das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS) und das Ministerium für Bildung (MB). Es sind auf Landesebene verschiedene ressortübergreifende Arbeitsgruppen gebildet worden. Zum aktuellen Umsetzungsstand in Sachsen-Anhalt informiert die als **Anlage** beigefügte Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (LT-Drs. 7/3695 vom 6. Dezember 2018).

§ 30 Abs. 1 und 2 Pflegeberufegesetz (PfIBG) sieht vor, dass erstmals zum 30. April 2019 für das Folgejahr durch eine gemeinsame Vereinbarung Pauschalen zu den Kosten der Pflegeschulen festzulegen sind. Bisher stehen jedoch weder verbindliche Curricula noch die Mindestanforderungen an Pflegeschulen nach § 9 PfIBG fest.

Krankenpflegeschulen wurden bisher in Sachsen-Anhalt ausschließlich in organisatorischer Verbindung mit Krankenhäusern betrieben.

Träger der Altenpflegeschulen waren bisher überwiegend freie Schulträger. Lediglich wenige berufsbildende Schulen der Landkreise (Altmarkkreis Salzwedel, Jerichower Land). bieten die Ausbildung zum Altenpfleger bzw. zur Altenpflegerin selbst an. Davon abzugrenzen ist die Ausbildung zum Altenpflegehelfer, die an einer größeren Zahl von Berufsschulstandorten angeboten wird.

Gegenwärtig ist nicht abschließend geklärt,

- welche Landkreise zukünftig den schulischen Teil des Ausbildungsberufs zum „Pflegefachmann“ bzw. „Pflegefachfrau“ an ihren berufsbildenden Schulen anbieten werden und
- wie die Beteiligung kreislicher Pflegeschulen an den Verhandlungen zum Pauschalbudget nach § 30 Abs. 1 Satz 2 PflBG erfolgt.

Von einzelnen Landkreisen sind wir informiert worden, dass am 9. Januar 2019 auf Einladung des MB mit Vertretern der Schulverwaltungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte unter Beteiligung von Leitern der berufsbildenden Schulen eine Besprechung stattgefunden hat. Die Kommunalen Spitzenverbände waren zu diesem Gespräch nicht eingeladen.

In diesem Gespräch soll die Erwartung formuliert worden sein, dass die Kommunalen Spitzenverbände als Interessenvertretungen der öffentlichen Pflegeschulen auf Landesebene fungieren und die Pauschalen verhandeln.

Angesichts der derzeit noch offenen inhaltlichen Fragen haben wir erhebliche Zweifel, dass ein Pauschalbudget für die Pflegeschulen einvernehmlich bis zum 30. April 2019 verhandelt werden kann. Bevor wir uns an entsprechenden Verhandlungen beteiligen, benötigen wir zudem

- ein ausdrückliches Mandat derjenigen Landkreise, die eine Pflegeschule vorhalten sowie
- einen entsprechenden Beschluss unseres Präsidiums, dass wir uns als Interessenvertretung der öffentlichen Pflegeschulen auf Landesebene an den Verhandlungen beteiligen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Kommunalen Spitzenverbände bei einer Beteiligung an den Verhandlungen einem vermutlich erheblichen Kostenrisiko aussetzen, denn insbesondere die Kosten der Schiedsstelle werden anteilig der Sitzverteilung nach den Absätzen 2 und 3 des § 36 von den Rechtsträgern der Parteien getragen.

Zurzeit gibt es zudem Bestrebungen, auf Landesebene einen neuen Fachverband „Interessenvertretung der Pflegeschulen“ zu gründen, der die Pflegeschulen bei den Finanzierungsverhandlungen vertreten soll. Beteiligt daran sind die Landeskrankengesellschaft und der Verband der Privatschulen. Wir waren bisher nicht eingebunden, haben aber dazu mit den vorgenannten Verbänden Kontakt aufgenommen.